

Lösung eventuell selbst umsetzen

Bad-Streit: Fraktionen nehmen Stellung

Dülmen. Die Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP sehen die Vertrauensbasis zur BSG nach der „jüngsten öffentlichen Kommunikation“ des BSG-Vorstands zum Thema Schwimmhalle „nachhaltig beschädigt“. Das schreiben sie in einer gemeinsamen Stellungnahme, die gestern Abend veröffentlicht wurde. Die Politikerinnen und Politiker teilen demnach die in der Stellungnahme des Bürgermeisters und des düb-Beirates vom 8. Oktober zum Ausdruck gebrachte Enttäuschung.

Man würdige die sportliche und soziale Arbeit der BSG sowie das Engagement ihrer Mitglieder, heißt es. Gerade deshalb, so schreiben sie, erwarten sie vom Vorstand eine Kommunikation, die der Verantwortung für den Verein und für eine gemeinsame Lösung gerecht werde. Den in der Presseberichterstattung erhobenen Vorwurf der Steuergeldverschwendung weisen die Fraktionen zurück. Die geschätzten Mehrkosten von 1,9 Millionen Euro entfallen auf die von der BSG gewünschten separaten Zugänge, Parkplätze und Umkleiden, erklären sie.

Sie verweisen darauf, dass das Gespräch vom 29. September klären sollte, wie sich die Wünsche der BSG mit den räumlichen, technischen und wirtschaftlichen Bedingungen am düb vereinbaren lassen. Dazu wurden Planungsvarianten, Kostenschätzungen und mögliche Betriebsmodelle vorgestellt. Eine vertragsreife Lösung sei noch nicht erreicht gewesen. „Solche Zwischenstände öffentlich wie ein abschließendes Angebot zu bewerten und mit dem Vorwurf zu verbinden, die Stadt spiele bewusst auf Zeit, wird dem Gesprächsstand nicht gerecht“, heißt es.

Aus Sicht der Fraktionen handelt es sich bei dem aktuellen Konflikt um eine „erneute Zuspitzung“. Hätten doch bereits im August die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gemeinsam versucht, die Debatte zu versachlichen.

In der Stellungnahme heißt es wörtlich: „Eine kommunal unterstützte Lösung muss das düb stärken und darf dessen wirtschaftliche Situation nicht zusätzlich verschlechtern.“ Zur politischen Verantwortung gehöre, das bestehende kommunale Bad im Blick zu behalten. Das düb erfülle wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge, insbesondere für den Schulsport sowie für Vereine und die Öffentlichkeit. Es lasse sich aufgrund dieser Aufgaben „nur schwer kostendeckend betreiben“.

Zur Gesamtbetrachtung gehöre auch die Konkurrenz um Übungsleiterinnen und -leiter. „Wenn die BSG durch höhere Pauschalen Übungsleitungen aus bestehenden Angeboten anderer Vereine oder des düb abwirbt, schafft sie dadurch keine zusätzlichen personellen Kapazitäten. Sie verlagert knappe Ressourcen und gefährdet eingespielte Angebote“, kritisieren die Parteien und fordern: „Zusätzliche Wasserflächen brauchen deshalb auch ein Personalkonzept, das die Folgen für die gesamte Dülmener Vereinslandschaft berücksichtigt.“

Ob es weitere Wasserflächen in Dülmen gibt, dürfe nicht von einer Einigung mit dem BSG-Vorstand „über dessen bevorzugtes Konzept“ abhängen, schreiben die Parteien. Die bereits vorliegenden Planungen der Stadtbetriebe bieten aus ihrer Sicht „eine konkrete Grundlage für die weitere Bewertung. Dazu gehört auch die Möglichkeit, die ursprünglich mit der BSG abgestimmte, günstigere Lösung unter Nutzung der vorhandenen Infrastruktur durch die Stadtbetriebe selbst umzusetzen. Eigene Reha-Angebote könnten zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten schaffen und zur Wirtschaftlichkeit beitragen.“